

Gesundheit und Pflege: Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall



Die IG Metall fordert...	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Weiterentwicklung der GKV zur Bürgerversicherung; Beschränkung der PKV auf Zusatzleistungen.	CDU/CSU lehnen eine staatliche Einheitsversicherung ab. Die PKV soll erhalten bleiben.	Bürgerversicherung als öffentlich-rechtliches System bei »Teilnahme aller Kassen« (PKV?).	Kopfpauschale und Abkoppelung von den Löhnen war richtig; PKV »zukunftsfest« machen.	Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung; PKV soll nur noch Zusatzleistungen anbieten.	Grüne Bürgerversicherung, auch die PKV soll die Bürgerversicherung anbieten können.
Wiederherstellung der realen Parität! Keine Selbstbeteiligung, Sonder- oder Zusatzbeiträge für Versicherte.	Der Weg in ein Prämienmodell (Kopfpauschale) mit eingefrorenem Arbeitgeberbeitrag wird nicht in Frage gestellt.	Wiederherstellung der »tatsächlichen« Parität, Zusatz- und Sonderbeiträge fallen weg.	Keine Aussage. Einen Arbeitgeberbeitrag soll es nach dem FDP-Modell nicht mehr geben.	Wiederherstellung der Parität; Abschaffung aller Zuzahlungen.	Wiederherstellung der Parität, Zuzahlungen werden abgeschafft.
Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze im 1. Schritt auf Niveau der Rentenversicherung, Prüfung der Einbeziehung weiterer Einkommensarten.	Eine Kopfpauschale ist grundsätzlich einkommensunabhängig.	Die SPD will die BBG beibehalten. Weitere Einkommensarten sollen durch eine ansteigende Steuerfinanzierung beteiligt werden.	Eine Kopfpauschale ist grundsätzlich einkommensunabhängig.	Aufhebung der BBG; Beiträge auf alle Einkommensarten.	Anhebung der BBG auf Niveau der Rentenversicherung, alle Einkommensarten heranziehen.
Erweiterung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs (Demenz einbeziehen).	CDU/CSU sind für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff.	Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs.	Die FDP ist für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff.	Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs.	Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs.
Ausbau zur Bürger-Pflegeversicherung und Anhebung des Leistungsniveaus.	Moderate Beitragserhöhung, ergänzend kapitalgedeckte Eigenvorsorge als Pflicht.	Einführung einer Bürgerversicherung Pflege.	Die FDP will mehr Eigenvorsorge.	Bürgerversicherung Pflege; Leistungen anheben.	Einführung einer Bürgerversicherung Pflege.
Einführung eines Pflegegelds für pflegende Angehörige.	Rentenrechtliche Besserstellung bei Pflege von zwei oder mehr Pflegebedürftigen.	Flexible Pflegezeit bis zu 6 Monaten mit Lohnersatzleistung.	Teilzeitmodelle und Freistellungsjahre.	6-wöchige Pflegezeit, Lohnersatzleistung in Höhe des ALG I.	3-monatige Pflegezeit, 50% des Nettolohns als Lohnersatzleistung.
Stärkung der sozialen Selbstverwaltung, Erhalt der »Friedenswahl«.	Keine Aussage. Führende Vertreter wollen die »Friedenswahl« abschaffen.	Stärkung der Sozialpartnerschaft und ihrer Institutionen.	Die FDP will »Einheitslisten« abschaffen.	Die Linke will die soziale Selbstverwaltung stärken.	Stärkung der Patientenvertreter.

Zustimmung Zum Teil Zustimmung Ablehnung

Quellen: CDU/CSU-Regierungsprogramm 2013-2017, CDU/CSU Beschlüsse, Positionen, Grundsatzprogramm; SPD Regierungsprogramm, Beschluss des Parteivorstandes zu Bürgerversicherung; Bündnis 90/Die Grünen Wahlprogramm, Fraktionsbeschluss Pflegezeitgesetz; FDP Bürgerprogramm 2013; Die Linke Wahlprogramm, Antrag Bezahlte Pflegezeit einführen – Organisation der Pflege sicherstellen

Generelle Anmerkungen zur Tabelle

Die Tabelle stellt die Forderungen der IG Metall den programmatischen Positionen der Parteien gegenüber. Sie kann horizontal, in der Zeile gelesen werden, um festzustellen, bei welchen Fragestellungen es mehrheitlich Übereinstimmung zwischen IG Metall und den Parteien gibt und einen ersten Anhaltspunkt zu gewinnen, für welche Forderungen Anknüpfungspunkte existieren.

Die Tabelle kann auch vertikal, in der Spalte gelesen werden, um zu sehen, welche Partei die größte programmatische Übereinstimmung bietet. Insoweit stellt sie einen Diskussionsanreiz mit Blick auf die Wahl dar. Sie enthebt die jeweilige Betrachterin bzw. den jeweiligen Betrachter jedoch nicht, eine eigenständige Wahlentscheidung zu treffen. Denn die Tabelle sagt nichts darüber aus, welche Wertigkeit dem Politikfeld generell beizumessen ist. Auch enthält die Tabelle keine Aussage über die Gewichtung der einzelnen Forderungen untereinander. Schlussendlich: Beurteilt werden die programmatischen Aussagen. Ob und in welchem Umfang die Parteien ihre Programmatik tatsächlich umsetzen, wenn sie in Regierungsverantwortung gelangen, ist ungewiss.

Anmerkungen zu Parteipositionen und deren Bewertung

Das Regierungsprogramm der CDU/CSU enthält keine Aussagen zur künftigen Finanzierung der GKV. Daher wurden weitere Quellen wie Beschlüsse und Grundsatzpapiere herangezogen.

Das Wahlprogramm der SPD bleibt in der Frage der künftigen Rolle der PKV unkonkret. Aus einem Beschluss des Parteivorstands zur Bürgerversicherung geht jedoch hervor, dass auch die PKV als Anbieter der Bürgerversicherung teilnehmen soll. Deshalb stimmt die IG Metall nur teilweise zu.

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sprechen sich – mit unterschiedlichen Konzepten – für die Verbeitragung sonstiger Einkommen aus. Wir haben hier bei Linke und Grünen grüne Smileys vergeben und bei der SPD wegen der Nichtanhebung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) einen gelben. Gleichwohl wird es auf die konkrete Ausgestaltung ankommen, um sicher zu stellen, dass keine problematische Verteilungswirkung eintritt.

Alle Parteien sprechen sich für ein neues Verständnis der Pflegebedürftigkeit aus. Anzumerken ist, dass Schwarz-Gelb die Regierungsverantwortung nicht für eine Umsetzung genutzt, sondern das Thema auf die lange Bank geschoben hat. Bei fehlenden Aussagen zum Thema Pflegezeit wurden andere Quellen herangezogen.

Da Bündnis 90/Die Grünen zwar Patientenvertreter stärken wollen, aber zur Zukunft der sozialen Selbstverwaltung keine Aussage machen, erfolgt nur teilweise Zustimmung. Die Linke spricht sich für die Stärkung der sozialen Selbstverwaltung aus, konkretisiert dies aber nicht und äußert sich nicht zum künftigen Wahlverfahren.